



Berlin, 11. Oktober 2024

Herbst-Konjunkturumfrage

Schlechte Geschäftsprognosen im Gebäudereiniger-Handwerk – Branche fordert Abschaffung der telefonischen Krankschreibung

Noch nie seit Einführung der Konjunkturumfrage des Bundesinnungsverbands des Gebäudereiniger-Handwerks (BIV) war der Herbst-Ausblick so negativ. Das Gebäudereiniger-Handwerk ist mit knapp 700.000 Beschäftigten Deutschlands personalintensivstes Handwerk. Seit 2019 präsentiert der Verband zweimal im Jahr exklusiv seine Daten. Demnach blicken lediglich 18,5 % der befragten Unternehmen auf 2025 mit positiver Geschäftserwartung. 43,4 % erwarten lediglich gleichbleibende Geschäfte, 38,1 % blicken mit negativen Vorzeichen in die Zukunft. Ähnlich kritisch – wenn auch nicht ganz so düster – fällt der Blick auf das laufende Jahr 2024 aus. Fokusthema der Umfrage ist die telefonische Krankschreibung, die die große Mehrheit der Unternehmen kritisch betrachtet.

Der Ausblick auf das Jahr 2024 bleibt analog zu den Frühjahrszahlen von großer Skepsis gekennzeichnet: Nur noch 20,8 % (Frühjahr: 24,6 %) der befragten Unternehmen blicken mit positiver Geschäftserwartung auf das laufende Jahr. 56,1 % (Frühjahr: 47,4 %) erwarten gleichbleibende Geschäfte, 23,1 % (Herbst: 28 %) blicken mit negativen Vorzeichen auf die Geschäfte im Jahr 2024.

Telefonische Krankschreibung

Um Arztpraxen und Patienten zu entlasten, wurde die telefonische Krankschreibung in der Corona-Pandemie als Sonderregelung eingeführt und mehrfach verlängert. Seit Dezember 2023 ist die Krankschreibung per Telefon wieder grundsätzlich möglich – mit klarer Konsequenz für die Unternehmen der beschäftigungsstärksten Handwerksbranche in Deutschland: Bei 71,3 % der befragten Unternehmen hat sich der Krankenstand seitdem erhöht, bei 28,9 % ist er konstant geblieben, bei 0,8 % gesunken.

33,3 % der betroffenen Betriebe geben an, der Krankenstand habe sich durch die telefonische Krankschreibung konkret um bis zu 10 % erhöht. 22,4 % nennen eine Größenordnung von bis zu 20 %, 7,5 % geben eine Erhöhung um bis zu 30 % an: „Die telefonische Krankschreibung war in der Pandemie sinnvoll – nun gereicht sie unseren Betrieben den Zahlen nach aber eindeutig zum Nachteil“, so Bundesinnungsmeister Thomas Dietrich. „Es ist richtig, dass die Bundesregierung das Instrument im Rahmen ihrer Wachstumsinitiative überprüfen will – für uns ist die einzig richtige Konsequenz: Abschaffung.“

Die abschließende Meinung im Gebäudereiniger-Handwerk ist eindeutig: Eine Mehrheit von 81,4 % der befragten Unternehmen fordert die Abschaffung des Instruments. 10,5 % sind für Beibehaltung, 8,1 % sind unentschlossen.

Sorgenskala: Politischer Eingriff in die Tarifautonomie und steigende SV-Kosten

Zwei Themenfelder bereiten den Unternehmen besonders große Kopfschmerzen. Auf der Skala ganz oben (von 1 bis 10) rangiert mit 8,5 Punkten die Sorge vor zunehmendem Eingriff der Politik in die Tarifautonomie – sei es der erneute Eingriff der Bundespolitik in den gesetzlichen Mindestlohn, seien es Vergabemindestlöhne in Städten oder Bundesländern. Jüngstes Beispiel: Statt sich politisch aus der Lohnfindung herauszuhalten, hatte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) einen gesetzlichen Mindestlohn von rund 15 Euro ab 2026 gefordert und damit erneut die verantwortliche Mindestlohnkommission beschädigt.

Mit 7,8 Punkten ebenso hoch gewichtet ist die Sorge der Unternehmen vor explodierenden Kosten im Sozialversicherungssystem: Dabei sehen die befragten Betriebe mit 45 % die größte finanzielle Sprengkraft im Bereich der Krankenkassen, dicht gefolgt vom Rentensystem mit 39,9 %. 13,2 % beurteilen die Kostenprognosen für den Pflegebereich am kritischsten. Die Arbeitslosenversicherung sehen dagegen nur 1,9 % als größtes Problemfeld.

An der Online-Umfrage haben sich im Zeitraum vom 12. bis 30. September 2024 bundesweit mehr als 400 Mitgliedsunternehmen beteiligt.

Mit knapp 700.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind die Gebäudereiniger die beschäftigungsstärkste Handwerksbranche Deutschlands. Der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks vertritt als Arbeitgeber- und Dachverband die Interessen seiner knapp 2.500 Mitgliedsbetriebe, die rund 85 Prozent des Marktes repräsentieren.